

Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt	Seite
	I <i>Mitteilungen</i>	
	Europäisches Parlament	
	Rat	
	Kommission	
2002/C 283/01	Interinstitutionelle Vereinbarung vom 7. November 2002 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Finanzierung des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zur Ergänzung der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 6. Mai 1999 über die Haushaltsdisziplin und die Verbesserung des Haushaltsverfahrens	1
	Kommission	
2002/C 283/02	Euro-Wechselkurs	3
2002/C 283/03	Informationsverfahren — Technische Vorschriften ⁽¹⁾	4
2002/C 283/04	Staatliche Beihilfe — Vereinigtes Königreich — Beihilfe C 61/2002 (ex N 196/2002) — Beihilfe für die Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage für Zeitungsdruckpapier im Rahmen des WRAP-Programms — Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag ⁽¹⁾	7
2002/C 283/05	Mitteilung nach Artikel 19 Absatz 3 der Verordnung Nr. 17 des Rates zu der Anmeldung COMP/A37.904/F3 — Interbrew ⁽¹⁾	14
2002/C 283/06	Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache COMP/M.2981 — Knauf/Alcopor) — Für das vereinfachte Verfahren in Frage kommender Fall ⁽¹⁾	17
2002/C 283/07	Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache COMP/M.3013 — Carlyle Group/Edscha) ⁽¹⁾	18

Informationsnummer

Inhalt (Fortsetzung)

Seite

II *Vorbereitende Rechtsakte*

.

III *Bekanntmachungen*

Kommission

2002/C 283/08

Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für das regionale CARDS-Programm — Demokratische Stabilisierung — Unterstützung freier und unabhängiger Medien in den westlichen Balkanländern — veröffentlicht von der Europäischen Gemeinschaft 19

I

(Mitteilungen)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

RAT

KOMMISSION

INTERINSTITUTIONELLE VEREINBARUNG

vom 7. November 2002

zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Finanzierung des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zur Ergänzung der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 6. Mai 1999 über die Haushaltsdisziplin und die Verbesserung des Haushaltsverfahrens

(2002/C 283/01)

1. Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission vereinbaren folgenden Flexibilitätsmechanismus für einen Solidaritätsfonds der Europäischen Union, nachstehend „Fonds“ genannt, der mit der Verordnung (EG) Nr. 2012/2002 des Rates ⁽¹⁾ geschaffen wurde.

Der Fonds soll im Falle schwerer Katastrophen — im Sinne des einschlägigen Basisrechtsakts — im Gebiet eines Mitgliedstaats oder eines Bewerberlands, über dessen Beitritt zur Europäischen Union derzeit verhandelt wird, eine rasche Finanzhilfe ermöglichen.

2. Es besteht eine Obergrenze für den jährlich für Ausgaben des Fonds zur Verfügung stehenden Betrag in Höhe von 1 Mrd. EUR. Am 1. Oktober eines jeden Jahres sollte mindestens ein Viertel des jährlichen Betrags verfügbar bleiben, damit ein bis zum Ende des Jahres auftretender Bedarf gedeckt werden kann. Nicht verbuchte Anteile des jährlichen Betrags dürfen nicht übertragen werden.

In Ausnahmefällen und wenn die im Jahr der Katastrophe — im Sinne des einschlägigen Basisrechtsakts — noch verfügbaren Mittel des Fonds nicht ausreichen, um die von der Haushaltsbehörde als erforderlich betrachtete Hilfe zu leisten, kann die Kommission vorschlagen, die fehlenden Mittel aus dem Fonds des Folgejahres zu schöpfen. Die jährliche Haushaltsobergrenze des Fonds für das Jahr der Katastrophe und für das Folgejahr wird auf keinen Fall überschritten.

3. Wenn die im einschlägigen Basisrechtsakt festgelegten Bedingungen für die Inanspruchnahme des Fonds gegeben sind, wird die Kommission die Anwendung des Flexibilitätsmechanismus vorschlagen. Soweit Mittelumschichtungen innerhalb der Rubrik, in der ein Mehrbedarf entstanden ist, vorgenommen werden können, berücksichtigt die Kommission dies, wenn sie den erforderlichen Vorschlag gemäß der

geltenden Haushaltsordnung mittels des entsprechenden Haushaltsinstruments vorlegt.

Die entsprechenden Ausgaben werden unter Überschreitung der Obergrenzen der einschlägigen Rubriken der Finanziellen Vorausschau gemäß Anhang I der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 6. Mai 1999 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin und die Verbesserung des Haushaltsverfahrens ⁽²⁾ in den Haushaltsplan eingesetzt.

4. Zeitgleich mit ihrem Vorschlag zur Inanspruchnahme des Flexibilitätsmechanismus beruft die Kommission einen Trilog (gegebenenfalls in vereinfachter Form) ein, um die Zustimmung der beiden Teile der Haushaltsbehörde zu der Notwendigkeit einer Inanspruchnahme des Flexibilitätsmechanismus sowie zu dem unter Überschreitung der Obergrenze jeder Rubrik bereitzustellenden Betrag zu erhalten. Der Beschluss, den Flexibilitätsmechanismus in Anspruch zu nehmen, wird von den beiden Teilen der Haushaltsbehörde einvernehmlich gemäß den Abstimmungsregeln des Artikels 272 Absatz 9 Unterabsatz 5 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft gefasst.
5. Nach dem im Wege des Trilogs erzielten Einvernehmen und der Annahme des gemeinsamen Beschlusses verpflichten sich die beiden Teile der Haushaltsbehörde, den relevanten Berichtigungshaushaltsplan so bald wie möglich, und zwar am besten in einer einzigen Lesung jedes der betroffenen Organe, anzunehmen.
6. Diese Interinstitutionelle Vereinbarung ergänzt die Interinstitutionelle Vereinbarung vom 6. Mai 1999 über die Haushaltsdisziplin und die Verbesserung des Haushaltsverfahrens ab dem Haushaltsjahr 2002 für die Dauer der derzeitigen Finanziellen Vorausschau, wie sie in jener Vereinbarung festgelegt ist.

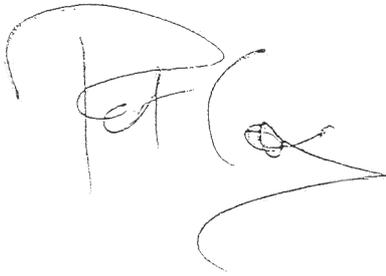
⁽¹⁾ ABl. L 311 vom 14.11.2002, S. 3.

⁽²⁾ ABl. C 172 vom 18.6.1999, S. 1.

Geschehen zu Brüssel am 7. November 2002.

Im Namen des Europäischen Parlaments

Der Präsident



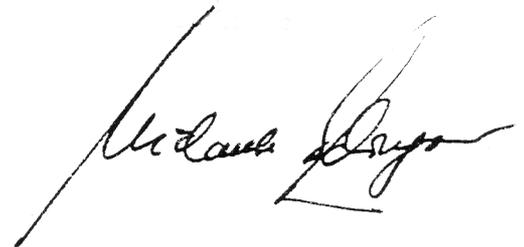
Im Namen des Rates

Der Präsident



Im Namen der Europäischen Kommission

Der Präsident



KOMMISSION

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾

19. November 2002

(2002/C 283/02)

1 Euro =

Währung		Kurs	Währung		Kurs
USD	US-Dollar	1,0125	LVL	Lettischer Lat	0,6046
JPY	Japanischer Yen	122,75	MTL	Maltesische Lira	0,4151
DKK	Dänische Krone	7,4274	PLN	Polnischer Zloty	3,9337
GBP	Pfund Sterling	0,6373	ROL	Rumänischer Leu	33885
SEK	Schwedische Krone	9,0723	SIT	Slowenischer Tolar	229,8515
CHF	Schweizer Franken	1,4681	SKK	Slowakische Krone	41,466
ISK	Isländische Krone	85,89	TRL	Türkische Lira	1603000
NOK	Norwegische Krone	7,327	AUD	Australischer Dollar	1,7988
BGN	Bulgarischer Lew	1,9496	CAD	Kanadischer Dollar	1,6101
CYP	Zypern-Pfund	0,57215	HKD	Hongkong-Dollar	7,8968
CZK	Tschechische Krone	30,546	NZD	Neuseeländischer Dollar	2,0325
EEK	Estnische Krone	15,6466	SGD	Singapur-Dollar	1,7848
HUF	Ungarischer Forint	236,62	KRW	Südkoreanischer Won	1216,01
LTL	Litauischer Litas	3,4522	ZAR	Südafrikanischer Rand	9,6906

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

Informationsverfahren — Technische Vorschriften

(2002/C 283/03)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Richtlinie 98/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. L 204 vom 21.7.1998, S. 37; ABl. L 217 vom 5.8.1998, S. 18).

Der Kommission übermittelte einzelstaatliche Entwürfe von technischen Vorschriften

Bezugsangaben ⁽¹⁾	Titel	Termin des Ablaufs des dreimonatigen Status quo ⁽²⁾
2002/418/A	Verordnung der Landesregierung über die Beschaffenheit der Pflegeheime (Heimbauverordnung)	27.1.2003
2002/419/S	Verordnung zur Änderung der Artenschutzverordnung (1998:179)	27.1.2003
2002/420/FIN	Allgemeine Qualitätsanforderungen im Brückenbau (Teil SYL-3 Betonkonstruktionen, SYL-4 Stahlkonstruktionen und SYL-5 Holzkonstruktionen)	27.1.2003
2002/421/DK	Verordnung über den Import, Verkauf und Export von Quecksilber und quecksilberhaltigen Produkten	29.1.2003
2002/422/D	Verordnung über bauaufsichtliche Anforderungen an Krankenhäuser und Pflegeheime im Land Brandenburg (Brandenburgische Krankenhaus- und Pflegeheim-Bauverordnung — BbgKP BauV)	30.1.2003
2002/423/B	Königlicher Beschluss über die technischen Vorschriften in Bezug auf die Funktionsweise der Glücksspielautomaten, deren Betrieb in den Glücksspieleinrichtungen der Klasse I gestattet ist	20.1.2003
2002/424/B	Entwurf eines Königlichen Beschlusses über die Störstrahlung von Kabelnetzen, die aus Koaxialkabeln bestehen	20.1.2003
2002/425/NL	Beschluss über die Festlegung von Vorschriften in Bezug auf die Behandlung von Reifen sowie die Änderung einiger Beschlüsse im Zusammenhang mit der Streichung von Bestimmungen in Bezug auf die in Abschnitt 3.5 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes geregelten Verfahren (Beschluss über die Behandlung von Reifen)	3.2.2003
2002/426/UK	Verordnung über Schlamm (Verwendung in der Landwirtschaft) (Änderung) (England und Wales) von 2002	5.2.2003
2002/427/A	Richtlinien für die sogenannte kleinvolumige Althausanierung „KLAS-NEU“	4.11.2002
2002/428/A	Richtlinien für das Förderungsmodell Mehrfamilienwohnhaus- Sanierungsbereich „Förderungsmodell MHAS-NEU“	4.11.2002
2002/429/FIN	Verordnung des Ministeriums für Landwirtschaft und Forsten über zertifiziertes Vermehrungs- und Pflanzgut	6.2.2003
2002/430/NL	Verordnung über Microlight-Flugzeuge	10.2.2003

⁽¹⁾ Jahr, Registriernummer, Staat.

⁽²⁾ Zeitraum, in dem der Entwurf nicht verabschiedet werden kann.

⁽³⁾ Keine Stillhaltefrist, da die Kommission die Begründung der Dringlichkeit anerkannt hat.

⁽⁴⁾ Keine Stillhaltefrist, da es sich um technische Spezifikationen bzw. sonstige mit steuerlichen oder finanziellen Maßnahmen verbundene Vorschriften (Artikel 1 Nummer 11 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Richtlinie 98/34/EG) handelt.

⁽⁵⁾ Informationsverfahren abgeschlossen.

Die Kommission möchte auf das Urteil „CIA Security“ verweisen, das am 30. April 1996 in der Rechtsache C-194/94 (Slg. I, S. 2201) erging. Nach Auffassung des Gerichtshofs sind die Artikel 8 und 9 der Richtlinie 98/34/EG (ehemalige Richtlinie 83/189/EWG) so auszulegen, dass Dritte sich vor nationalen Gerichten auf diese Artikel berufen können; es obliegt dann den nationalen Gerichten, sich zu weigern, die Anwendung einer einzelstaatlichen technischen Vorschrift zu erzwingen, die nicht gemäß der Richtlinie notifiziert wurde.

Dieses Urteil bestätigt die Mitteilung der Kommission vom 1. Oktober 1986 (ABl. C 245 vom 1.10.1986, S. 4).

Die Missachtung der Verpflichtung zur Notifizierung führt damit zur Unanwendbarkeit der betreffenden technischen Vorschriften, die somit gegenüber Dritten nicht durchsetzbar sind.

Eventuelle Auskünfte zu den Notifizierungen sind bei den nachstehenden nationalen Dienststellen verfügbar:

**LISTE DER NATIONALEN DIENSTSTELLEN, DIE MIT DER VERWALTUNG DER RICHTLINIE 98/34/EG
BETRAUT SIND**

BELGIEN

Institut belge de normalisation/Belgisch Instituut voor Normalisatie
29, avenue de la Brabançonne/Brabançonnelaan, 29
B-1040 Brüssel

Frau Hombert

Tel.: (32 2) 738 01 10

Fax: (32 2) 733 42 64

X400:O=GW;P=CEC;A=RTT;C=BE;DDA:RFC-822=CIBELNOR(A)IBN.BE

Internet: cibelnor@ibn.be

Frau Descamps

Tel.: (32 2) 206 46 89

Fax: (32 2) 206 57 45

Internet: normtech@pophost.eunet.be

DÄNEMARK

Danish Agency for Trade and Industry

Dahlerups Pakhus

Lagelinie Allé 17

DK-2100 Kopenhagen Ø

Herr K. Dybkjaer

Tel.: (45) 35 46 62 85

Fax: (45) 35 46 62 03

X400:C=DK;A=DK400;P=EFS;S=DYBKJAER;G=KELD

Internet: kd@efs.dk

DEUTSCHLAND

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Referat V D 2

Villenomblerstraße 76

D-53123 Bonn

Herr Shirmer

Tel.: (49-228) 615 43 98

Fax: (49-228) 615 20 56

X400:C=DE;A=BUND400;P=BMWI;O=BONN1;S=SHIRMER

Internet: Shirmer@BMWL.Bund400.de

GRIECHENLAND

Ministry of Development

General Secretariat of Industry

Michalacopoulou 80

GR-115 28 Athen

Tel.: (30-1) 778 17 31

Fax: (30-1) 779 88 90

ELOT

Acharon 313

GR-11145 Athen

Herr E. Melagrakis

Tel.: (30-1) 212 03 00

Fax: (30-1) 228 62 19

Internet: 83189@elot.gr

SPANIEN

Ministerio de Asuntos Exteriores

Secretaría de Estado de política exterior y para la Unión Europea

Dirección General de Coordinación del Mercado Interior y otras

Políticas Comunitarias

Subdirección general de asuntos industriales, energeticos, transportes,
comunicaciones y medio ambiente

c/Padilla 46, Planta 2ª, Despacho 6276

E-28006 Madrid

Frau Nieves García Pérez

Tel.: (34-91) 379 83 32

Frau María Ángeles Martínez Álvarez

Tel.: (34-91) 379 84 64

Fax: (34-91) 575 56 29/575 86 01/431 55 51

X400:C=ES;A=400NET;P=MAE;O=SEPEUE;S=D83-189

FRANKREICH

Délégation interministérielle aux normes

SQUALPI

64-70 allée de Bercy — télédéc 811

F-75574 Paris Cedex 12

Frau S. Piau

Tél.: (33-1) 53 44 97 04

Fax: (33-1) 53 44 98 88

Internet: suzanne.piau@industrie.gouv.fr

IRLAND

NSAI

Glasnevin

Dublin 9

Ireland

Herr Owen Byrne

Tel.: (353-1) 807 38 66

Fax: (353-1) 807 38 38

X400:C=IE;A=EIRMAIL400;P=NRN;O=NSAI;S=BYRNEO

Internet: byrneo@nsai.ie

ITALIEN

Ministero dell'Industria, del commercio e dell'artigianato
via Molise 2

I-00100 Roma

Herr P. Cavanna

Tel.: (39-06) 47 88 78 60

X400:C=IT;A=MASTER400;P=GDS;OU1=M.I.C.A-ISPIND;

DDA:CLASSE=IPM;DDA:ID-NODO=BF9RM001;S=PAOLO CAVANNA

Herr E. Castiglioni

Tel.: (39-06) 47 05 30 69/47 05 26 69

Fax: (39-06) 47 88 77 48

Internet: Castiglioni@minindustria.it

LUXEMBURG

SEE — Service de l'Énergie de l'État
 34, avenue de la Porte-Neuve
 BP 10
 L-2010 Luxemburg
 Herr J.P. Hoffmann
 Tel.: (352) 46 97 46 1
 Fax: (352) 22 25 24
 Internet: jean-paul.hoffmann@eg.etat.lu

NIEDERLANDE

Ministerie van Financiën — Belastingdienst — Douane
 Centrale Dienst voor In- en uitvoer (CDIU)
 Engelse Kamp 2
 Postbus 30003
 9700 RD Groningen
 Nederland
 Herr J. G. van der Heide
 Tel.: (31-50) 523 91 78
 Fax: (31-50) 523 92 19
 Frau H. Boekema
 Tel.: (31-50) 523 92 75
 E-mail X400:C=NL;A=400NET;P=CDIU;OU1=CDIU;S=NOTIF

ÖSTERREICH

Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten
 Abt. II/1
 Stubenring 1
 A-1011 Wien
 Frau Haslinger-Fenzl
 Tel.: (43-1) 711 00 55 22/711 00 54 53
 Fax: (43-1) 715 96 51
 X400:S=HASLINGER;G=MARIA;O=BMWVA;P=BMWVA;A=GV;C=AT
 Internet: maria.haslinger@bmwva.gv.at
 X400:C=AT;A=GV;P=BMWVA;O=BMWVA;OU=TBT;S=POST

PORTUGAL

Instituto português da Qualidade
 Rua C à Avenida dos Três vales
 P-2825 Monte da Caparica
 Frau Cândida Pires
 Tel.: (351-1) 294 81 00
 Fax: (351-1) 294 81 32
 X400:C=PT;A=MAILPAC;P=GTW-MS;O=IPQ;OU1=IPQM;S=DIR83189

FINNLAND

Kauppa- ja teollisuusministeriö
 Ministry of Trade and Industry
 Aleksanterinkatu 4
 PL 230 (PO Box 230)
 FIN-00171 Helsinki
 Herr Petri Kuurma
 Tel.: (358-9) 160 3627
 Fax: (358-9) 160 4022
 Internet: petri.kuurma@ktm.vn.fi
 Site Web: <http://www.vn.fi/ktm/index.html>
 X400:C=FI;A=MAILNET;P=VN;O=KTM;S=TEKNISET;G=MAARAYKSET

SCHWEDEN

Kommerskollegium
 (National Board of Trade)
 Box 6803
 S-11386 Stockholm
 Frau Kerstin Carlsson
 Tel.: 46 86 90 48 00
 Fax: 46 86 90 48 40
 E-mail: kerstin.carlsson@kommers.se
 X400:C=SE;A=400NET;O=KOMKOLL;S=NAT NOT POINT
 Site Web: <http://www.kommers.se>

VEREINIGTES KÖNIGREICH

Department of Trade and Industry
 Standards and Technical Regulations Directorate 2
 Bay 327
 151, Buckingham Palace Road
 London SW1, W 9SS
 United Kingdom
 Frau Brenda O'Grady
 Tel.: (44) 171 215 14 88
 Fax: (44) 171 215 15 29
 X400:S=TI, G=83189, O=DTI, OU1=TIDV, P=HMG DTI, A=Gold 400,
 C=GB
 Internet: uk98-34@gtnet.gov.uk
 Website: <http://www.dti.gov.uk/strd>

EFTA — ESA

EFTA Surveillance Authority (DRAFTTECHREGESA)
 X400:O=gw;P=iihe;A=rtt;C=be;DDA:RFC-822=Solveig.
 Georgsdottir@surv.efta.be
 C=BE;A=BT;P=EFTA;O=SURV;S=DRAFTTECHREGESA
 Internet: Solveig.Georgsdottir@surv.efta.be

STAATLICHE BEIHILFE — VEREINIGTES KÖNIGREICH

Beihilfe C 61/2002 (ex N 196/2002) — Beihilfe für die Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage für Zeitungsdruckpapier im Rahmen des WRAP-Programms

Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag

(2002/C 283/04)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Mit Schreiben vom 2. Oktober 2002, das nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung abgedruckt ist, hat die Kommission dem Vereinigten Königreich ihren Beschluss mitgeteilt, wegen der vorerwähnten Beihilfe das Verfahren nach Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag einzuleiten.

Die Kommission fordert alle Beteiligten zur Stellungnahme innerhalb eines Monats nach dem Datum dieser Veröffentlichung an folgende Anschrift auf:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Staatliche Beihilfen
B-1049 Brüssel
Fax (32-2) 296 12 42.

Alle Stellungnahmen werden dem Vereinigten Königreich übermittelt. Jeder, der eine Stellungnahme abgibt, kann unter Angaben von Gründen schriftlich beantragen, dass seine Identität nicht bekannt gegeben wird.

ZUSAMMENFASSUNG

1. Verfahren

Im Dezember 2001 ging bei der Kommission eine Beschwerde wegen einer geplanten Beihilfe der britischen Regierung für die Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage für Zeitungsdruckpapier im Rahmen des WRAP-Programms ein. Im Verlauf des anschließenden Schriftwechsels zwischen der Kommission und dem Vereinigten Königreich wurde am 20. März 2002 ein Beihilfevorhaben für eine Wiederaufbereitungsanlage für Zeitungsdruckpapier im Rahmen des Aktionsprogramms „Abfall und Ressourcen“ (WRAP) notifiziert; das WRAP-Programm selbst ist mit dem am 16. Juli 2002 eingetragenen Schreiben angemeldet und unter der Nummer N 474/02 eingetragen worden. Diese Notifikation ist gesondert zu prüfen.

2. Beschreibung der Maßnahme

2.1 Das WRAP-Programm

Die Beihilfe wird im Rahmen des Aktionsprogramms „Abfall und Ressourcen“ (WRAP) gewährt. Mit dem WRAP-Programm, das von der Regierung für die Jahre 2001—2004 finanziert wird, soll eine nachhaltige Abfallwirtschaft gefördert werden. Bei der Beihilfemaßnahme geht es um die Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage für Zeitungsdruckpapier, die Abfälle von Zeitungen und Zeitschriften als Rohstoff-Input verwendet.

2.2 Das Submissionsverfahren

WRAP führte im Juli 2001 eine Ausschreibung durch, für die im Wesentlichen zwei Bedingungen galten: Erstens, die Auf-

bereitungsanlage muss Zeitungsdruckpapier produzieren und ihren Standort im Vereinigten Königreich haben. Zweitens, die Aufbereitungsanlage muss jährlich eine vereinbarte Tonnage von Altpapier, das aus dem kommunalen Abfallaufkommen stammt, als Rohstoff-Input verwenden. Die vereinbarte Tonnage muss höher sein als die aggregierte Altpapiermenge, die vom erfolgreichen Bieter in einem vorhergehenden Kalenderjahr in seinen Zeitungsdruckanlagen im Vereinigten Königreich eingesetzt worden ist. Eine Finanzierungsvereinbarung wurde am 21. Februar 2002 geschlossen. Die Finanzierung erfolgt vorbehaltlich der Genehmigung staatlicher Beihilfen.

2.3 Das begünstigte Unternehmen: Shotton

Das Unternehmen hat seinen Standort in Shotton, Flintshire, Nordwales, einem regionalen Fördergebiet im Sinne von Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe c) EG-Vertrag. Shotton befindet sich im Besitz von UPM-Kymmene Corporation, einer finnischen Gesellschaft. Am derzeitigen Standort verfügt das Unternehmen über zwei Papiermaschinen, die Zellstoff aus frischen Holzfasern und aus recyceltem Altpapier verarbeiten.

2.4 Von Shotton vorgelegtes Projekt

Vorgeschlagen wird, die Papiermaschinen so umzurüsten, dass frische Holzfasern durch Papierabfall ersetzt werden können. Außerdem soll eine der De-inking-Straßen auf recyceltes Papier umgestellt werden. Mit diesem Projekt könnte der Altpapierverbrauch um ca. 321 000 t jährlich erhöht werden. Die Umrüstung der Anlage wird 2003 abgeschlossen sein, so dass sie 2005 ihren vollen Betrieb aufnehmen kann.

Shotton wird das Altpapier von lokalen Behörden und Unternehmen der Abfallwirtschaft beziehen, die geeignete Strukturen für die Sammlung schaffen müssen. UPM-Kymmene beabsichtigt, für den Großteil seines Abfallbedarfs langfristige Vertragsvereinbarungen mit lokalen Behörden zu schließen. In der Finanzierungsvereinbarung werden Shotton spezifische Umweltverpflichtungen betreffend die Verringerung des CO₂-Ausstoßes, des Lkw-Verkehrs und der Emission flüchtiger organischer Verbindungen sowie die Wasseraufbereitung auferlegt.

Die Gesamtkosten des Projekts werden mit 127,9 Mio. GBP (199,16 Mio. EUR) veranschlagt, von denen 88,2 Mio. GBP (137,34 Mio. EUR) dem Recycling zuzuordnen sind. Die restlichen 39,7 Mio. GBP (61,82 Mio. EUR) entfallen auf die Verbesserung der Produktionsverfahren und Qualitätsmerkmale der vorhandenen Papiermaschinen und weisen keinen Recyclingbezug auf. Shotton hat eine Beihilfe von 23 Mio. GBP (35,81 Mio. EUR) beantragt.

Nach Auskunft der britischen Behörden belaufen sich die förderfähigen Kosten auf 88,2 Mio. GBP; davon zogen sie die Investitionen zur Erreichung verbindlicher Umweltnormen⁽¹⁾ (35 000 GBP) und die sich in den ersten fünf Jahren ergebenden Vorteile (824 000 GBP)⁽²⁾ ab. Damit belaufen sich die förderfähigen Kosten auf insgesamt 87,341 Mio. GBP.

3. Würdigung der Maßnahme

Die Maßnahme wird aus Mitteln finanziert, die vom Staat im Rahmen des WRAP-Programms bereitgestellt werden. Die Maßnahme begünstigt ein bestimmtes Unternehmen, verfälscht oder droht den Wettbewerb zu verfälschen und könnte den Handel zwischen Mitgliedstaaten beeinträchtigen, da Zeitungsdruckpapier und Altpapier weltweit gehandelt werden. Deshalb kommt die Kommission zu dem vorläufigen Schluss, dass die Maßnahme eine staatliche Beihilfe im Sinne von Artikel 82 Absatz 1 EG-Vertrag darstellt.

3.1 Anwendbarkeit des Umweltschutzrahmens⁽³⁾

Die Kommission bezweifelt, dass die Beihilfe nach dem Gemeinschaftsrahmen für Umweltschutzbeihilfen gewürdigt werden kann. Investitionsbeihilfen, die auf Grundlage dieses Gemeinschaftsrahmens genehmigt werden, zielen generell auf eine Verringerung der durch den Begünstigten verursachten Verschmutzung und nicht auf indirekte Umweltauswirkungen, wie im anstehenden Fall, ab.

Zunächst stellt die Kommission fest, dass die Investition nicht dazu bestimmt ist, die direkt auf das Unternehmen anwendbaren Umweltnormen zu verbessern, sondern die Gemeinschaftsnormen zu erreichen, die für das Vereinigte Königreich gelten.

Die Verwendung von Altpapier bei der Produktion von Zeitungsdruckpapier ist offensichtlich gängige Praxis. Papieraufbereitungsanlagen gibt es in allen Mitgliedstaaten. Altpapier ist ein normaler Rohstoff, der auf den Märkten gehandelt wird.

⁽¹⁾ Dieser Betrag bezieht sich auf die Investitionen, die erforderlich sind, um die Umweltnormen zu erreichen und die Luftemissionen zu überwachen.

⁽²⁾ Diese Vorteile wurden unter Berücksichtigung der Differenz zwischen der alten Anlage und der neuen Anlage in den ersten fünf Jahren der Lebensdauer der Investition berechnet.

⁽³⁾ ABl. C 37 vom 3.2.2001, S. 3.

Der Ausschreibung zufolge ist die Beihilfe für die Produktion von Zeitungsdruckpapier zu verwenden und muss das Vorhaben im Vereinigten Königreich durchgeführt werden. Der erfolgreiche Bieter muss sich verpflichten, eine vereinbarte Tonnage von Altpapier aus dem kommunalen Abfallaufkommen abzunehmen. Die ersten beiden Bedingungen der Ausschreibung (d. h. Verwendung der Beihilfe für die Produktion von Zeitungsdruckpapier und Standort im Vereinigten Königreich) könnten als unangemessen betrachtet werden, um die Umweltziele zu erreichen, da Lösungsansätze zur Altpapierverwertung, die auf direkten, marktgestützten Sammlungssystemen basieren, ausgeschlossen werden. Daher hat die Kommission Zweifel daran, dass diese Bedingungen als hinreichende Begründung für die Umweltziele der Beihilfe herangezogen werden können.

Aufgrund der vorstehenden Ausführungen und der verfügbaren Information bezweifelt die Kommission, dass es sich um eine Investition im Sinne von Ziffer 29 des Gemeinschaftsrahmens für Umweltschutzbeihilfen handelt. Zumindest auf einen Teil der Investition findet dieser Gemeinschaftsrahmen keine Anwendung.

Angesichts der Bedenken zur Vereinbarkeit mit dem Gemeinschaftsrahmen für Umweltschutzbeihilfen hat die Kommission die Maßnahme auch anhand der Leitlinien für staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung⁽⁴⁾ geprüft. Da es bei der Investition nicht nur um eine Erstinvestition, sondern zumindest teilweise um eine Ersatzinvestition geht, sind die Investitionskosten nicht in ihrer Gesamtheit förderfähig. Außerdem beläuft sich die Beihilfeintensität unter der Annahme, dass sämtliche Kosten förderfähig sind, auf 17 %. Damit wird der in der Region Flintshire geltende Förderhöchstsatz von 15 % überschritten. Außerdem müsste die Beihilfe auf Grundlage des Multisektoralen Beihilferahmens⁽⁵⁾ geprüft werden. Auch die anderen Ausnahmebestimmungen nach Artikel 87 Absätze 2 und 3 EG-Vertrag gelangen nicht zur Anwendung.

3.2 Vereinbarkeit mit dem Gemeinschaftsrahmen für Umweltschutzbeihilfen

Obwohl die Kommission zum jetzigen Zeitpunkt bezweifelt, dass der Gemeinschaftsrahmen für Umweltschutzbeihilfen anwendbar ist, wird dieser Gemeinschaftsrahmen zur Bewertung herangezogen, da das Vereinigte Königreich die Beihilfe auf dieser Grundlage notifiziert hat. Nach britischen Angaben wäre eine Höchstintensität von 35 % zulässig. Die Steigerung der Recycling-Quote von Altpapier wirkt sich zweifellos positiv auf die Umwelt aus und dieses Ziel steht in Einklang mit der EU-Politik auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft.

Gemäß Ziffer 37 des Gemeinschaftsrahmens für Umweltschutzbeihilfen sind ausschließlich die zur Verwirklichung der Umweltschutzziele erforderlichen Investitionsmehrkosten beihilfefähig. Im anstehenden Fall beziehen sich die beihilfefähigen Kosten, wie von den britischen Behörden vorgelegt, auf die Gesamtinvestition zur Umrüstung vorhandener Papiermaschinen auf die Verwendung von Altpapier.

⁽⁴⁾ Leitlinien für staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung (ABl. C 74 vom 10.3.1998, S. 9).

⁽⁵⁾ Multisektoraler Regionalbeihilferahmen für große Investitionsvorhaben (ABl. C 107 vom 7.4.1998, S. 7).

Des Weiteren muss die Kommission gemäß Ziffer 37 des Gemeinschaftsrahmens errechnen, welche Vorteile sich aus einer etwaigen Kapazitätssteigerung, aus Kosteneinsparungen in den ersten fünf Jahren der Lebensdauer der Investition und der Nebenproduktion in diesen fünf Jahren ergeben. Das Vereinigte Königreich hat zwar detaillierte Informationen mitgeteilt, aber trotz Ersuchen der Kommission wurden keine vollständigen Angaben zu den angenommenen Input- und Output-Preisen vorgelegt.

Anhand der verfügbaren Informationen hat die Kommission daher Zweifel daran, dass die Beihilfe mit dem Gemeinschaftsrahmen für Umweltschutzbeihilfen vereinbar ist.

4. Schlussfolgerung

Aufgrund der vorstehenden Ausführungen, der verfügbaren Informationen und der vorläufigen Würdigung hat die Kommission beschlossen, das Verfahren nach Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag einzuleiten. Gemäß Artikel 14 der Verordnung (EG) Nr. 659/1999 des Rates können alle rechtswidrigen Beihilfen vom Empfänger zurückgefordert werden.

WORTLAUT DES SCHREIBENS

„The Commission wishes to inform the United Kingdom that, having examined the information supplied by your authorities on the aid referred to above, it has decided to initiate the procedure laid down in Article 88(2) of the EC Treaty.

1. PROCEDURE

By letter dated 20 December 2001 and registered on 21 December 2001 under number A/40145, the Commission received a complaint, against a planned aid measure by the UK Government for the erection of a newsprint reprocessing facility under the WRAP programme. The complaint was registered by the Commission under number CP 219/01. Following this complaint, the Commission asked for clarifications to the UK by letter dated 24 January 2002 and registered under number D/50289. The UK replied by letter dated 5 February 2002, and registered on 7 February 2002 under number A/30923. The Commission asked further questions by letter dated 14 February 2002, and registered under number D/50655. The UK replied by letter dated 7 March 2002, and registered on 11 March 2002 under number A/31885.

By letter dated 20 March 2002, and registered by the Commission on 20 March 2002, under number A/32132, the authorities of the UK notified an aid project for a newsprint reprocessing capacity under the Waste and resources action programme. The notification was registered under number N 196/02. According to the notification, the UK authorities intended, at a later stage, to notify the general scheme 'Waste and resources action programme'. The Commission informed the UK authorities that the notification was considered to be incomplete, and asked for further questions by letter dated 15 May 2002 and registered under number D/52364. The UK submitted the answers by letter dated 14 June 2002, and registered on 19 June 2002 under

number A/34497. By letter registered on 16 July 2002, the UK notified the WRAP scheme. This scheme has been registered under number N 474/02, and will be subject to a separate assessment. By letter dated 26 July 2002, and registered on the same date under number A/35727, the UK asked for a meeting, and agreed to extend the time limit for the Commission to take a decision until 20 October 2002. A meeting was held on 29 August 2002 between the Commission and representatives of the UK Government and of the WRAP programme. The UK provided further information by letter dated 6 September 2002.

2. DESCRIPTION OF THE MEASURE

2.1. The WRAP programme

The aid is given within the framework of the WRAP programme (hereafter WRAP). According to the information submitted by the UK, WRAP is an entity established to promote sustainable waste management, and more specifically to promote efficient markets for recycled materials and products. Its central objective is to enable recycled markets to function more effectively by stimulating demand for recycled materials and products, thereby improving the economics of collection. WRAP's members comprise the charity Wastewatch, the Environmental Services Association as well as the Secretary of State for Environment, Food and Rural Affairs. It has as duty to administer the aid, and is funded by the government for the period 2001-2004. WRAP ensures that the funds for recycling projects are the minimum necessary, are proportionate to WRAP's objectives, and that the use of non-government funding is maximised. WRAP functions as an adjunct to the government, and implements government policies, although it has a private corporate form. The financial support in itself is provided through WREB (Waste and Resources Environmental Body Limited), a subsidiary of WRAP. WREB is also in charge with the process for identifying the recipient of the support.

In the present case, WRAP has chosen to give support for the creation of newsprint reprocessing capacity for the following reasons: in the UK newsprint sector, there seems to be an established demand for the recycled products, but a market failure seems to have led to a shortage of reprocessing capacity⁽⁶⁾. The UK identified the main cause of the market failure to be the lack of sufficient reprocessing capacity for waste newsprint, which is currently being landfilled in the UK because of the low prices for landfilling. With a greater recycling capability, waste paper would be in strong demand. This market failure would have led to difficulties experienced in sourcing wastepaper in the last decade, and attendant price fluctuations. For this reason, an increase in reprocessing capacity has been hampered by lack of investor confidence. In order to correct for this market failure, WRAP decided, by way of a competitive tender process, to offer support to the private sector to increase newsprint reprocessing capacity which utilises waste newspapers and magazines as its raw material input. According to the UK, the current project will create a real market demand for waste paper, which will provide environmental benefits over time.

2.2. The tender process

In the present case, WRAP has issued a competitive tender in July 2001 inspired by EC public procurement procedures⁽⁷⁾, in view to promote the creation of newsprint reprocessing capacity. The specific aim expressed in the tender procedure was to provide a subsidy towards the creation of a newsprint reprocessing facility in return for a commitment to use an agreed tonnage of waste newspapers and magazines recovered from the municipal waste stream as the raw material for the new facility. WRAP's waste input target was for the agreed tonnage to exceed 300 000 tonnes per year, and the facility to enter into production in 2003, with full capacity to be reached as soon as possible thereafter. The tender was submitted to two key conditions: first of all, the reprocessing facility has to produce newsprint, and must be located within the United Kingdom. Secondly, the reprocessing facility must use an agreed tonnage of waste paper per year recovered from the municipal waste stream as raw material input for the duration of the life of the facility. The agreed tonnage must be in excess of the aggregate amount of waste paper used by the successful bidder in a prior calendar year in its newsprint manufacturing facilities in the UK. Tenderers needed to specify the level of support required to bring forward their proposals, and to demonstrate technological developments and environmental benefits. Furthermore, the tender specification stipulated that any costing included in the tender bids should only refer to the activities and investments needed to achieve the required environmental benefits.

Following the tender procedure, a prequalification pack was sent to five companies, four of which did prequalify and received a tender invitation document. Applications were finally received from two companies: Aylesford Newsprint Limited, and UPM Kymmene — Shotton (hereafter 'Shotton'). Aylesford Newsprint was appointed preferred bidder in November 2001, but during the discussion between WRAP and Aylesford Newsprint, it appeared that Aylesford Newsprint would not be able to enter into the level of contractual commitment which would enable WRAP to achieve its objectives. That is why WRAP reviewed its position, and appointed Shotton preferred bidder. The decision was taken on 18 January 2002. Discussions then followed between WRAP and Shotton, regarding the completion of the funding arrangements to enable the overall investment to proceed. The funding is subject to state aid clearance. A funding agreement was entered into on 21 February 2002.

According to the UK, the fact that there has been a competitive tender to ensure that the minimum necessary is paid to secure the environmental benefits, avoids the existence of any distortion of competition. That is why the UK authorities consider it arguable that the funding does not constitute State aid. But in order to obtain full legal certainty, it has been decided by the UK to notify the project.

2.3. The beneficiary: Shotton

Shotton is based in Shotton, Flintshire, in North Wales, being an area eligible for regional aid under Article 87(3)(c) of the EC Treaty. Shotton is owned by UPM-Kymmene Corporation, a Finnish company. The present site of Shotton disposes of two paper machines, using pulp derived from a combination of virgin wood and from recycled wastepaper.

2.4. The project

The project proposes the adaptation of the current paper machines to enable wastepaper to substitute for virgin pulp. It proposes also the enhancement of one of the de-inking lines for the recycled paper feeding one of the paper machines. According to the UK authorities, this project will allow to achieve an increase in wastepaper consumption of approximately 321 000 tonnes per annum over that achieved in the UK in 2000. This exceeds WRAP's objective of achieving a net increase target of 300 000 tonnes per annum in the year 2000. The adaptations of the facility will be finished in 2003, and the facility will be fully operating by 2005.

The UK authorities explain that the waste paper used by Shotton as raw material in its newsprint production process will source from local authorities and waste management companies. UPM-Kymmene aims to enter into long term contractual arrangements with local authorities for the major part of its feedstock. This will enable the local authorities to implement comprehensive long term collection systems where they do not currently exist. The excess wastepaper collected prior to commissioning will be diverted to other paper mills within the UPM-Kymmene group. According to the UK, the local authorities and the waste management companies will need to build up a wastepaper collection infrastructure.

Apart from the fact that Shotton has to use an agreed tonnage of waste newspapers and magazines recovered from the municipal waste stream as the raw material for the new facility, the support to Shotton is submitted to other environmental obligations set out in the funding agreement. These comprise:

- an additional reduction of 118 000 tonnes of CO₂ emissions,
- an annual reduction of some 6 500 lorry movements (this means a minimum reduction of some 325 000 lorry miles per year),
- an annual reduction of 53 tonnes of emissions of volatile organic compounds,
- the recycling of an additional total of 54 600 m³ of water.

According to the UK, the main objective of the current project is to achieve additional newsprint recycling. But the UK argues that the investment project would bring about other environmental benefits consisting in a reduction of the waste going to landfills⁽⁸⁾, in the reduction of carbon dioxide and methane emissions from landfills, and in the virgin timber conservation of 1,9 million tonnes. Furthermore, they claim that this project will lead to the creation of an increasing demand for a major proportion of the household waste stream in the region concerned to be recycled. This demand for waste newspapers and magazines, being 30-40 % of household waste by weight, would provide a stable economic platform for the establishment and maintenance of separated collections for household waste for recycling. The simultaneous collection of other recyclable materials at much higher rates could therefore also be supported. This leads to the conclusion that the facility would enable greater proportions of household waste to be recycled⁽⁹⁾. This will bring benefits for the environment, while this will also allow less waste to be disposed in the landfills.

The UK authorities argue that the investment in the newsprint facility will enable the UK to make significant progress toward achieving its obligations within the framework of European waste management policy, and deliver tangible environmental benefits. These environmental benefits bring the UK to affirm that the aid qualifies for investment aid under point 29 of the Community guidelines on State aid for environmental protection⁽¹⁰⁾ (hereafter 'environmental guidelines'), when firms undertake investment in the absence of mandatory Community standards. According to the UK authorities, there are no specific mandatory requirements for any newsprint manufacturer to use recycled wastepaper as a raw material. As far as concerns the waste water standards, the new investment in the facility does not involve any additional expenditure on waste water treatment. In the case of air emissions, there is only a very small part referable to mandatory air emissions standards. This investment concerns the installation of equipment for online monitoring of emissions, and amounts approximately to GBP 35 000.

Concerning the costs of the project, the total costs are estimated at GBP 127,9 million (EUR 199,16 million)⁽¹¹⁾, of which the elements attributable to recycling constitutes GBP 88,2 million (EUR 137,34 million). The remaining GBP 39,7 million (EUR 61,82 million) represent enhancements to the production and quality capabilities of the existing paper machines, and do not relate to recycling. Shotton has applied for a support of GBP 23 million (EUR 35,81 million). The UK provided a detailed schedule of the payment of the GBP 23 million.

The elements attributable to recycling are distributed as follows:

	(thousand GBP)
Rebuild of recycled fibre mill line 1	8 400
Recycled fibre mill line 3	40 600
Extension of recycled fibre storage	6 700
Sludge combustion	22 200
Sludge dewatering	4 000
Power distribution	1 600
Raw water treatment	1 500
Effluent treatment	700
Mill site installations	2 500
Total	88 200

This total includes the amount of GBP 35 000 relating to the part of the investment necessary to meet environmental standards, and concerning the monitoring of air emissions. According to the UK, the switch from the current paper

mills to the new paper mills using only waste paper will result in an increase in the total earnings of GBP 824 000 over the five year period from the date of full operation.

The UK authorities calculated the aid intensity in the present case on the following manner, based on point 37 of the environmental guidelines: the eligible costs amount to GBP 88 200 000 and they deducted from this figure the investment to meet the mandatory environmental standards (GBP 35 000), and the benefits in the year 1-5 (GBP 824 000). These benefits were calculated taking into account the difference between the actual facility and the future facility during the first five years of the investment. According to the UK, this brings the eligible costs to a total of GBP 87 341 000. As the support asked amounts to GBP 23 million, the aid intensity would be 26,334 %. According to the UK, this aid intensity would be below the maximum intensity, which would amount to 35 % (30 % + 5 %) because of the fact that the investment is located in a region eligible for regional aid under Article 87(3)(c) of the EC Treaty⁽¹²⁾.

As far as concerns the employment, the UK authorities argue that the level of employment after the investment is expected to be similar to the present plant.

3. PRELIMINARY ASSESSMENT OF THE MEASURE

According to Article 6 of the Procedural Regulation⁽¹³⁾, the decision to initiate the formal investigation procedure shall summarise the relevant issues of fact and law, shall include a preliminary assessment of the Commission as to the aid character of the proposed measure, and shall set out the doubts as to its compatibility with the common market.

3.1. Existence of aid under Article 87(1) EC Treaty

Under Article 87(1) EC Treaty, 'any aid granted by a Member State or through State resources in any form whatsoever which distorts or threatens to distort competition by favouring certain undertakings or the production of certain goods shall, in so far as it affects trade between Member States, be incompatible with the common market'.

In this case, the measure is funded by resources, granted by the State under the WRAP programme. The measure is granted to an individual beneficiary. The aid granted under the WRAP programme will cover a significant part of investment costs, which will relieve the company from costs it should normally have had to bear. The measure distorts or threatens to distort competition, and could affect trade between Member States, since both newsprint and waste paper are traded internationally⁽¹⁴⁾. In fact, a large part of the UK paper consumption is imported mainly from other Member States⁽¹⁵⁾. It should also be noted that the UK exported 138 000 tonnes of newsprint paper in 2001. It is also clear from the case-law of the Court that when aid granted by the State strengthens the position of an undertaking vis-à-vis other undertakings competing in intra-Community trade, the latter must be regarded as affected by that aid⁽¹⁶⁾.

Therefore, the measure qualifies as State aid under Article 87(1) of the EC Treaty.

3.2. *Assessment under rules other than the Community guidelines on State aid for environmental protection* ⁽¹⁷⁾

The Commission must assess the compatibility of the eventual aid with the EC Treaty. Consequently, the Commission has to consider if the exemptions set out in Article 87(2) and (3) of the EC Treaty apply. The exemptions in paragraph 2 of Article 87 of the EC Treaty could serve as a basis to consider aid compatible with the common market. However, the aid measures (a) do not have a social character and are not granted to individual consumers, (b) do not make good the damages caused by natural disasters or exceptional occurrences and (c) are not required in order to compensate for the economic disadvantages caused by the division of Germany. Neither apply the exemptions of Article 87(3)(a), (b) and (d) of the EC Treaty that refer to promotion of the economic development of areas where the standard of living is abnormally low or where there is serious underemployment, to projects of common European interest and to the promotion of culture and conservation.

The investment takes place in an area eligible for regional aid under Article 87(3)(c) of the EC Treaty. For this reason, the aid could be assessed as regional investment aid. However, since the investment seems not to concern only an initial investment, but seems to be at least partly a replacement investment, not all the investment costs would be eligible for regional aid under the Guidelines for national regional aid ⁽¹⁸⁾. Furthermore, the aid intensity of the project amounts to 17 %, assuming that all costs would be eligible for regional aid. This exceeds the maximum aid intensity applicable in the Flintshire region, which amounts to 15 %. Moreover, as the amount of the investment exceeds EUR 50 million, the cumulative aid intensity expressed as a percentage of the eligible investment costs is at least 50 % of the regional aid ceiling for large companies, and the aid per job created or safeguarded amounts to at least EUR 40 000, it would have to be assessed under the multisectoral framework ⁽¹⁹⁾. The Commission does not have all the information for such an assessment, but the allowable intensity can only become lower. For this reason, the aid could not be approved. Furthermore, according to the UK authorities, the investment will not lead to the creation of employment, as the level of employment is expected to be the similar to that at present. For these reasons, the regional benefits of the project seem to be doubtful to the Commission.

3.3. *Assessment of the aid under the Community guidelines on State aid for environmental protection* ⁽²⁰⁾

3.3.1. *Applicability of the Community guidelines on State aid for environmental protection*

Increasing the recycling rate of waste paper brings undoubtedly benefits for the environment and this objective is in line with EU policy on waste management. However, the Commission has doubts that the notified aid for the investment would qualify for an assessment under the environmental guidelines. It results from point 36 of the environmental guidelines that these guidelines are applicable *inter alia* to investments which are strictly necessary to meet environmental objectives. In general, investment aid approved under the environmental guidelines aims at reducing the pollution caused by the beneficiary, but not at indirect environmental effects, like the case at

hand. Due to the particularities of this investment, the Commission doubts whether the aim of the environmental guidelines is to apply to such cases. This is also confirmed by the fact that (at least for the last years) all aid for similar projects has been approved by the Commission as regional investment aid on the basis of the multisectoral framework, and not under the current environmental guidelines ⁽²¹⁾.

According to point 6 of the environmental guidelines, the concept of environmental protection refers to any action taken to remedy or prevent damage to our physical surroundings or natural resources, or to encourage the efficient use of these resources.

According to the conditions set out in the tender, the aid should be used for the production of newsprint, and the project is to be located within the UK. Furthermore, the winning company should commit itself to take up an agreed tonnage of waste paper from the municipal waste stream. The first two conditions in the tender (i.e. the fact that the aid should be used for the production of newsprint, and the condition for the undertaking to be located in the UK) might be seen as excessive in order to achieve the environmental objectives, since it excludes solutions for the waste problem based on direct incentives for collection systems which may rely on the market for waste paper to ensure that the collected waste paper is recycled. Therefore, at this stage, the Commission has doubts on the justification of these two conditions for considering the aid to pursue an environmental objective.

According to point 29 of the guidelines, 'investment aid enabling firms to improve on the Community standards applicable may be authorised up to not more than 30 % gross of the eligible investment costs as defined in point 37. These conditions also apply to aid where firms undertake investment in the absence of mandatory Community standards [...]'.

The Commission notes that the investment is not designed to improve on standards which would directly apply to the undertakings, but to improve the recycling ration in the UK.

According to the information of which the Commission disposes, the use of waste paper for the production of newsprint seems to be the current state of the art. It seems that paper reprocessing facilities exist in all Member States, and that they function similarly. Waste paper appears to be a normal raw material with an economic value, subject to trade on the markets. According to the information available on the website of the Confederation of the European Paper Industry, it seems that 65 % of the newsprint paper is produced on the basis of waste paper ⁽²²⁾. Furthermore, nearly the total amount of newsprint seems to be produced on the basis of waste paper in the United Kingdom ⁽²³⁾. Waste paper seems therefore to be the normal raw material for the production of newsprint. This is confirmed by the fact that Shotton already uses waste paper in part of its current plant.

Taking the above considerations into account and based on the information available, the Commission doubts whether the investment qualifies as an investment in the meaning of point 29 of the guidelines. The investment, at least in part, may rather constitute an investment, to which the environmental guidelines do not apply.

3.3.2. Compatibility with the environmental guidelines

Although the Commission expressed doubts, at this stage, in the former paragraph about the applicability of the environmental guidelines, it does not prejudice their applicability in the present case. Therefore, it is appropriate for the Commission to try and assess the aid under these guidelines, on basis of the fact that the UK authorities notified the aid on that basis.

First of all, at this stage, the calculation of the eligible costs raises doubts as far as concerning the definition of the eligible costs. Point 37 of the environmental guidelines requires that the eligible costs must be strictly confined to the extra investment costs necessary to meet the environmental objectives. In the present case, the eligible costs presented by the UK refer to the overall investment for the conversion of the existing paper mills to mills using waste paper. Even though the remaining operational life of the existing machines seems to be 10-20 years, the replacement of the existing machines should not be considered as a whole to be admissible as an eligible cost strictly necessary to achieve an environmental benefit.

Secondly, point 37 of the environmental guidelines require the Commission to calculate the cost net of the benefits accruing from any increase in capacity, cost savings engendered during the first five years of the life of the investment and additional ancillary production during that five-year period. The UK provided detailed information, but despite the Commission's request, the UK has not provided full information on the assumptions as regards input and output prices. It should

also be noted that, according to the British Recovered Paper Association, it seems preferable to use recycled fibres in large volumes, because it is very expensive to install the necessary de-inking and cleaning equipment to allow recovered paper to be re-processed⁽²⁴⁾. For this reason, the Commission doubts whether the benefits resulting from the switch to using waste paper as raw material instead of virgin wood pulp could be more important than the amount of GBP 824 000 estimated by the UK.

Therefore, the Commission has, at this stage and based on the information available, doubts on the compatibility of this aid with the environmental guidelines.

4. CONCLUSION

In the light of the foregoing considerations, the Commission, acting under the procedure laid down in Article 88(2) of the EC Treaty, requests the United Kingdom to submit its comments and to provide all such information as may help to assess the aid, within one month of the date of receipt of this letter. It requests your authorities to forward a copy of this letter to the potential recipient of the aid immediately.

The Commission wishes to remind the United Kingdom that Article 88(3) of the EC Treaty has suspensory effect, and would draw your attention to Article 14 of Council Regulation (EC) No 659/1999, which provides that all unlawful aid may be recovered from the recipient."

⁽⁶⁾ According to the information submitted by the UK, each time the recycling capacity increased in the UK, the price of mixed waste paper and magazines increased. The supply responds very slowly to the increasing demand, and causes upward pressure on prices.

⁽⁷⁾ According to the UK, since the process related to the award of financial support rather than the procurement of a work, supply or service, there could be no publication in the Official Journal. The structure of the process was however informed by the EC procurement rules.

⁽⁸⁾ In the region where UPM-Kymmene is located, there is an abundance of low cost landfills, therefore local authorities have not been motivated to invest in the collection of waste materials for recycling.

⁽⁹⁾ According to the UK, it is estimated that the demand for newsprint of the scale created by the development of this facility will allow around 596 Kt of other materials (steel, aluminium, glass, newsprint, plastic) to be recycled per year.

⁽¹⁰⁾ OJ C 37, 3.2.2001, p. 3.

⁽¹¹⁾ Exchange rate on 20 June 2002.

⁽¹²⁾ Point 34(a) of the environmental guidelines.

⁽¹³⁾ Council Regulation (EC) No 659/1999 of 22 March 1999 laying down detailed rules for the application of Article 93 of the EC Treaty (OJ L 83, 27.3.1999, p. 1).

⁽¹⁴⁾ According to the statistics provided by the Confederation of European Paper Industries, the trade balance of waste paper amounted to 1 774 million tonnes in the EU in the year 2000.

⁽¹⁵⁾ Source: British Recovered Paper Association (<http://www.recycledpaper.org.uk/cpi.htm>).

⁽¹⁶⁾ Court of Justice, C-310/99, 7.3.2002, *Italy v Commission*.

⁽¹⁷⁾ OJ C 37, 3.2.2001, p. 3.

⁽¹⁸⁾ Guidelines on national regional aid (OJ C 74, 10.3.1998, p. 9).

⁽¹⁹⁾ Multisectoral framework on regional aid for large investment projects (OJ C 107, 7.4.1998, p. 7).

⁽²⁰⁾ OJ C 37, 3.2.2001, p. 3.

⁽²¹⁾ For example, *Hamburger AG* (C 72/01), Commission Decision of 9 April 2002 (not yet published); *Kartogroup* (N 184/2000), Commission Decision of 18 July 2001 (http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aid/inindustrie/n184-00.pdf).

⁽²²⁾ „Special recycling 2000 statistics“, CEPI, <http://www.cepi.org/htdocs/pdfs/recycling/stats2000.pdf>

⁽²³⁾ <http://www.paper.org.uk/htdocs/Statistics/recovered-by-sector.html>

⁽²⁴⁾ British Recovered Paper Association, „Recycled content of paper products“, Confederation of Paper Industries, Confederation of Paper Industries — Position Paper, <http://www.recycledpaper.org.uk/cpi.htm>

**Mitteilung nach Artikel 19 Absatz 3 der Verordnung Nr. 17 des Rates ⁽¹⁾ zu der Anmeldung
COMP/A37.904/F3 — Interbrew**

(2002/C 283/05)

(Text von Bedeutung für den EWR)

I. DIE ANMELDUNG

1. Am 30. Juni 2000 meldete Interbrew Belgium NV (im Folgenden „Interbrew“) gemäß Artikel 4 der Verordnung Nr. 17 des Rates seine mit Geschäftsbetreibern aus dem „Horeca“-Sektor ⁽²⁾ in Belgien geschlossenen Brauereivereinbarungen an. Die angemeldeten Brauereivereinbarungen können in fünf verschiedene Kategorien unterteilt werden: Darlehensverträge, (Unter)Pachtverträge, Konzessionsverträge, Franchiseverträge und „afstand openingstaks“-Verträge. Alle diese Vereinbarungen haben eine Beziehung für Bier, die weiter unten beschrieben wird.
2. Interbrew beantragte die Erteilung eines Negativattests nach Artikel 81 Absatz 1 EG-Vertrag bzw. eine individuelle Freistellung nach Artikel 81 Absatz 3 EG-Vertrag. Die Anmeldung wurde von Interbrew im November 2001 und im Juni 2002 geändert.

II. INTERBREW

3. Interbrew ist die größte Brauerei Belgiens. Zu ihren wichtigsten Marken in Belgien zählen Jupiler und Artois (Pils), Hoegaarden (Weißbier) sowie Leffe (Abteibier). Alle vier Marken gehören zu den zehn meistverkauften Marken auf dem belgischen Markt.
4. Interbrew NV, die Muttergesellschaft von Interbrew, ist eine Aktiengesellschaft mit Sitz in Brüssel, die in 20 Ländern Nordamerikas, West- und Osteuropas sowie Asiens tätig ist.

III. DER MARKT

5. Dieser Fall betrifft den Vertrieb von Bier auf dem Horeca-Markt in Belgien.
6. Die Brauereien setzen rund 60 % des insgesamt produzierten Biers im belgischen Horeca-Sektor ab. Die übrigen 40 % entfallen auf den Einzelhandel (Supermärkte, Geschäfte usw.). Im Bereich des Horeca-Sektors hat das Fassbier einen Anteil von rund 65 % (in Gegenüberstellung zu Flaschen- oder Dosenbier).
7. Im belgischen Horeca-Sektor ist Interbrew mit einem Marktanteil von insgesamt rund 56 % vertreten. Die zweitgrößte Brauerei, Alken-Maes (früher zu Danone und heute zu Scottish & Newcastle gehörig), besitzt einen Marktanteil von rund 13 %. Der Marktanteil der drittgrößten Brauerei, Haacht, liegt bei rund 6 %. Alle drei Brauereien stellen ein eigenes Pilsbier her, das der größte Umsatzträger ist. Die vierte Brauerei, Palm, mit einem Marktanteil von rund 7 %, macht den größten Umsatz mit einem Amberbier (obgleich das Unternehmen in seiner Produktpalette ebenfalls ein Pilsbier hat). Zusammen verfügen die vier größten Brauereien über einen Anteil von rund 80 % am belgischen Horeca-Markt.

8. Die meisten der 52 000 Horeca-Verkaufsstellen (Lokale) in Belgien sind Schankwirtschaften (35 500) und [< 20 000] von ihnen verlaufen Interbrew-Biere. Doch unterliegen nur [11 000—13 000] Schankwirtschaften einem Wettbewerbsverbot und verkaufen ausschließlich Interbrew-Biere.
9. Im Jahr 1999 erzielte Interbrew im Horeca-Sektor einen Bierumsatz von 3 382 657 hl. Interbrew gibt an, [30—40] % über Lokale abgesetzt zu haben, die durch eine Wettbewerbsverbotsklausel an Interbrew gebunden sind. Die Brauerei basiert diese Schätzung auf einem Durchschnittsverbrauch von jährlich 100 hl pro Schankwirtschaft. Damit verfügt Interbrew im Horeca-Sektor über eine Bindungsquote von [17—22] %.
10. Nahezu alle [11 000—13 000] an Interbrew gebundene Schankwirtschaften sind entweder über Darlehens- oder Pacht-/Unterpachtverträge an Interbrew gebunden. 1999 bestanden rund [8 000—9 000] Bezugsbindungen über Darlehen (d. h. der Lokalbetreiber besitzt das jeweilige Lokal oder mietet es von einer dritten Partei, erhält jedoch von Interbrew ein Geld- oder Sachdarlehen oder eine Bankgarantie). Diese darlehensgebundenen Lokale kamen auf einen Absatz von [. . .]. Dies entspricht einer Bindungsquote von [11—16] %. Die übrigen [3 000—4 000] Lokale waren durch Pacht- oder Unterpachtverträge gebunden (d. h., der Betreiber pachtet das Lokal von Interbrew, wobei Interbrew entweder Eigentümer oder Hauptpächter ist). Die Verkäufe dieser Lokale entsprechen einem Bindungssatz von [4—8] %.
11. Seit 1999 ist die Zahl der Bezugsbindungen über mit Interbrew geschlossene Darlehens- und Pacht-/Unterpachtverträge leicht zurückgegangen. Nach den Zahlen vom 31. August 2001 bestanden [. . .] Bezugsbindungen über Darlehen und [. . .] Bezugsbindungen über Pachtverträge.

IV. DIE VEREINBARUNGEN

1. Bezugsbindung über Darlehen

12. Das allgemeine Prinzip der Bezugsbindung über Darlehen besteht darin, dass der Lokalbetreiber im Gegenzug zu einem ihm von Interbrew gewährten Darlehen ein Wettbewerbsverbot für Bier akzeptiert. Dies bedeutet, dass er seinen gesamten Bierbedarf bei Interbrew decken muss und dass ihm nicht gestattet ist, Bier anderer Brauereien zu verkaufen. Unter diese von Interbrew praktizierte Bezugsbindung fällt eine breite Palette von Darlehen: nicht rückzahlbare Darlehen, Gelddarlehen, Garantien und Ausrüstungsdarlehen. Diese Verträge haben in der Regel eine Laufzeit von fünf Jahren.
13. Die nicht rückzahlbaren Darlehen beruhen auf dem Konzept, dass Interbrew dem Betreiber einen Geldbetrag für die Ausstattung oder Neuausstattung einer Schankwirtschaft zur Verfügung stellt. Dieser braucht das Geld nicht zurückzuzahlen, solange er sich strikt an das Wettbewerbsverbot hält.

⁽¹⁾ ABl. 13 vom 21.12.1962, S. 204/62.

⁽²⁾ Hotels, Restaurants und Cafés.

14. Darüber hinaus stellt Interbrew den Betreibern Gelddarlehen zur Verfügung. Der Darlehensnehmer muss dieses Darlehen zwar zurückzahlen, hat jedoch dadurch einen finanziellen Vorteil, dass das Darlehen zu günstigen Bedingungen gewährt wird (z. B. niedrigere Zinsen als die üblichen Bankenzinsen).

15. Um dem Lokalbetreiber ein Darlehen zu verschaffen, kann Interbrew auch als Vermittler bei Banken und anderen Kreditinstituten auftreten. Häufig geht Interbrew gegenüber der Bank zugunsten des Betreibers eine finanzielle Verpflichtung ein: Interbrew garantiert das Darlehen und/oder beteiligt sich an der Zahlung der Darlehenszinsen. Bei dieser Art Darlehen handelt es sich um so genannte garantierte Darlehen.

16. Bei den Ausrüstungsdarlehen schließlich stellt Interbrew dem Betreiber die erforderliche Ausrüstung zur Verfügung (z. B. Bierhähne, Kühlgeräte, Möblierung, Werbematerial usw.). Bei Vertragsende hat der Betreiber Interbrew die Ausrüstung in gutem Zustand zurückzugeben.

2. Bezugsbindung über Pacht- und Unterpachtverträge

17. Interbrew verpachtet oder unterverpachtet Lokale, die dem Unternehmen gehören oder die es von Dritten gepachtet hat, an den Betreiber eines Lokals, der im Gegenzug ein Wettbewerbsverbot akzeptiert. Hierbei handelt es sich um die so genannten Bezugsbindungen über Pacht- oder Unterpachtverträge (manchmal auch Eigentums-Bindungen genannt). Entsprechend belgischem Recht haben diese Pachtverträge eine Laufzeit von neun Jahren, welche um weitere neun Jahre (bis zu einer Höchstlaufzeit von 27 Jahren) verlängert werden kann.

3. Franchiseverträge

18. Interbrew hat rund 20 Franchiseverträge für Leffe-Schankwirtschaften, Hoegaarden-Schankwirtschaften oder „Radio-2-Schankwirtschaften“. Wie bei den Bezugsbindungen über Pacht- oder Unterpachtverträge ist Interbrew meistens Eigentümer der Lokalitäten der mit Franchisevertrag betriebenen Schankwirtschaft oder Hauptpächter dieser Räumlichkeiten.

19. In allen diesen Fällen erteilt Interbrew dem Betreiber des Lokals eine Konzession auf Basis der Franchise-Formel. Der Betreiber hat eine monatliche Franchisegebühr an Interbrew zu entrichten. Interbrew räumt dem Betreiber auf Basis der Franchise-Formel ein Exklusivrecht für ein bestimmtes Gebiet ein und unterstützt ihn durch verkaufsfördernde Maßnahmen. Im Gegenzug akzeptiert der Lokalbetreiber das Wettbewerbsverbot. Der Franchisevertrag beinhaltet für das betreffende Gebiet kein Exklusivrecht für die verkauften Biere.

4. Konzessionen

20. Interbrew beteiligt sich regelmäßig an öffentlichen Ausschreibungen für den Betrieb von Lokalen in Kulturzentren, Sporteinrichtungen, Freizeitparks usw. Der Brauerei bzw. dem Biergroßhändler, der die besten Bedingungen bietet, wird von den öffentlichen Stellen die Konzession erteilt.

21. Wird Interbrew die Konzession erteilt, so schließt das Unternehmen mit dem Lokalbetreiber einen Vertrag, der es

ihm erlaubt, das Lokal für die Laufzeit der Konzession zu betreiben. Außerdem stellt Interbrew die Ausrüstung (Bierhahn, Kühlgeräte, Möblierung usw.) zur Verfügung. Der Betreiber akzeptiert ein Wettbewerbsverbot.

22. Interbrew hat rund 100 Lokale, die im Rahmen einer Konzession betrieben werden. Die Laufzeit der Konzession beträgt fünf bis zehn Jahre, manchmal sogar länger.

5. „Afstand openingstaks“

23. Nach belgischem Vertragsrecht hat jeder Betreiber eines Lokals eine „Eröffnungssteuer“ in Höhe des dreifachen Pacht- bzw. Mietwerts des Lokals zu entrichten, wie er von der öffentlichen Verwaltung geschätzt wurde. Sind die Brauereien oder die Biergroßhändler Eigentümer oder Hauptpächter des Eigentums, so entrichten sie — und nicht der Betreiber des Lokals — die Eröffnungssteuer

24. Mit der Zahlung der Eröffnungssteuer ist ein Zeitraum von 15 Jahren abgedeckt, doch wird der Pacht- bzw. Mietwert alle fünf Jahre neu ermittelt, so dass die Brauerei bzw. der Biergroßhändler ggf. einen Aufschlag zu entrichten hat. Wenn Interbrew beschließt, ein Lokal nicht weiter zu nutzen, so ist das Unternehmen gesetzlich verpflichtet, die zuständigen öffentlichen Behörden darüber zu unterrichten. Eine teilweise Erstattung der Eröffnungssteuer ist nicht möglich. Übergibt Interbrew jedoch das Lokal innerhalb eines Jahres nach Geschäftsaufgabe an einen neuen Betreiber, so hat dieser nur eine Eröffnungssteuer in Höhe des einfachen Pacht- bzw. Mietwerts zu entrichten.

25. Im Gegenzug zu diesem finanziellen Vorteil (der sich auf den doppelten geschätzten Pacht- bzw. Mietwert beläuft) belegt Interbrew den neuen Betreiber des Lokals mit einem Wettbewerbsverbot.

26. Auch wenn die Eröffnungssteuer in Flandern mit Wirkung vom 1. Januar 2002 auf Null zurückgeführt wurde, gibt es nach wie vor flämische Betreiber, die über einen vor diesem Termin geschlossenen Vertrag an Interbrew gebunden sind.

6. Das Wettbewerbsverbot in den angemeldeten Verträgen

A. Die ursprünglich angemeldeten Verträge (30. Juni 2000)

27. Für alle Arten von Brauereivereinbarungen, d. h. Darlehen, Pachtverträge, Unterpachtverträge, Franchiseverträge, Konzessionsverträge und „afstand openingstaks“-Gegebenheiten, enthält die ursprüngliche Anmeldung im Grundsatz (und vorbehaltlich zweier Ausnahmen, die nachstehend erläutert werden) ein uneingeschränktes Wettbewerbsverbot für den Betreiber des Lokals. Dies bedeutet, dass dieser verpflichtet ist, seinen gesamten Bierbedarf sowie die in der Brauereivereinbarung näher angegebenen sonstigen Getränke für die Laufzeit des Vertrags von Interbrew zu kaufen, und dass ihm der Verkauf konkurrierender Biere oder anderer Getränke untersagt ist. Nach den Franchiseverträgen ist der Betreiber darüber hinaus verpflichtet sicherzustellen, dass die Marken Leffe oder Hoegaarden (je nach Franchise-Formel) mindestens 25 % seiner gesamten Bierverkäufe ausmachen.

28. Für die Darlehensverträge und die „afstand openings-taks“-Verträge sieht die ursprüngliche Anmeldung zwei Ausnahmen vor. Zum einen sind alle Verträge, die seit dem 1. März 2001 geschlossen wurden, von dem Betreiber jährlich mit dreimonatiger Kündigungsfrist kündbar und enthalten ein Wettbewerbsverbot nur für Fassbier (also weder für Flaschen- und Dosenbier noch für andere Getränke). Zum anderen hat Interbrew für nach dem 1. Juli 2001 geschlossene Darlehens- und „afstand openings-taks“-Verträge die Wettbewerbsverbotsklausel in vorgeschriebene Mindestabnahmemengen umgeändert, in deren Rahmen von dem Betreiber verlangt wird, mindestens 75 % seines gesamten Bierumsatzes bei Interbrew zu beziehen.
- B. *Die ersten Änderungen der ursprünglichen Anmeldung (November 2001)*
29. Im November 2001 glich Interbrew das Wettbewerbsverbot für seine sämtlichen bestehenden Darlehens- und „afstand openingstaks“-Verträge an: i) Das Wettbewerbsverbot bezieht sich nur auf Bier (nicht auf andere Getränke), ii) der Betreiber ist verpflichtet, mindestens 75 % seines gesamten Bierumsatzes bei Interbrew zu beziehen, iii) der Betreiber kann die Verträge jährlich mit dreimonatiger Kündigungsfrist kündigen, und iv) die Sanktion für die Nichteinhaltung der vorgeschriebenen Mindestabnahmemengen (in absoluten Mengen) wurde gestrichen.
30. Für alle anderen Verträge (Bezugsbindung über Pacht-/Unterpachtverträge, Franchiseverträge und Konzessionsverträge) wird an den ursprünglichen Anmeldungen (siehe Ziffer 26) festgehalten.
- C. *Weitere Änderungen der ursprünglichen Anmeldung (Juni 2002)*
31. Nach Diskussionen mit den Kommissionsdienststellen bot Interbrew an, noch weitere Änderungen an den ursprünglich angemeldeten Vereinbarungen vorzunehmen. Diese Änderungen wurden im Juni und Oktober 2002 förmlich angemeldet.
- 6.1 Bezugsbindung über Darlehen**
32. Wie bereits erwähnt (siehe Ziffer 10) machen Bezugsbindungen über Darlehen mit einer Bindungsquote von [11—16] % den größten Teil der Brauereivereinbarungen aus. Interbrew ist nun bereit, die Mengenvorgabeklausel nur auf *Fasspils* anzuwenden, sofern das Lokal mindestens 50 % seines gesamten Bierbedarfs bei Interbrew bezieht. Mit anderen Worten, die Mengenvorgabeklausel, an die die Betreiber gebunden sind, bezieht sich dann nicht länger auf Pils in Flaschen oder Dosen oder auf andere Biersorten als Pils (z. B. Weizenbiere, Abteibiere, Amberbiere), unabhängig davon, ob Fass- oder Flaschenbiere. Dies bedeutet, dass andere Brauereien in Zukunft mit allen ihren Bieren, außer Pils vom Fass, Zugang zu den darlehensgebundenen Lokalen von Interbrew haben werden.
33. Außerdem akzeptiert Interbrew nun, dass der Betreiber seine Brauereivereinbarung jederzeit kündigen kann, sofern er eine dreimonatige Kündigungsfrist einhält. Interbrew will dieses Kündigungsrecht klar und deutlich in seinen Verkaufsbedingungen verankern, die auf der Rückseite jeder Rechnung abgedruckt sind.
34. Wenn der Betreiber des Lokals den Vertrag kündigt, so hat er (oder die Brauerei, die das Lokal übernimmt) den ausstehenden Darlehensbetrag zurückzuzahlen, ohne eine Strafzahlung oder einen anderen finanziellen Ausgleich zu verlangen⁽¹⁾.
35. Im Fall von Ausrüstungsdarlehen hat der Betreiber die Ausrüstung entweder in gutem Zustand (Abnutzung bleibt unberücksichtigt) zurückzugeben oder sie für ihren Restwert auf der Grundlage linearer Abschreibung über fünf Jahre oder 60 Monate zu kaufen.
36. Die Darlehensverträge sollen eine Laufzeit von maximal fünf Jahren haben. Dennoch laufen bei Interbrew rund 2 000 Gelddarlehens- und Bankgarantieverträge, die zwischen dem 1. Januar 1997 und dem 1. Januar 2000 mit Betreibern abgeschlossen wurden und eine Laufzeit von zehn Jahren haben. Interbrew verpflichtet sich, die Mengenvorgabeklausel spätestens am 31. Dezember 2006 auslaufen zu lassen (d. h. fünf Jahre nach Ablauf der Übergangszeit nach Artikel 12 der Verordnung (EG) Nr. 2790/1999 des Rates).
- 6.2 Bezugsbindung über Pacht- und Unterpachtverträge**
37. Auf Bezugsbindungen über Pacht- oder Unterpachtverträge entfällt eine Bindungsquote von [4—8] % (siehe Ziffer 10). Für diese Bezugsbindungen beschränkt Interbrew das Wettbewerbsverbot auf *alle Sorten von Fassbier* (gleich ob Pils oder andere Sorten), *das von Interbrew unter eigenen Markennahmen oder im Rahmen eines Lizenzvertrags gebraut wird*. Die geänderte Bezugsbindung wird nicht länger auf Biere angewandt, die nicht von Interbrew selbst gebraut werden (d. h. Trappistenbier). Darüber hinaus bezieht sich der Hinweis auf bestehende Lizenzverträge nur auf Tuborg und nicht auf die bestehenden Kooperationsvereinbarungen, in deren Rahmen Interbrew Bier von anderen Brauereien vertreibt, was bedeutet, dass das Wettbewerbsverbot nicht länger für Biere von Orval, Rodenbach, Von Honebrouck (Kasteelbier) oder De Koninck gilt. Außerdem hat Interbrew die vorgeschriebenen Mindestabnahmemengen (in absoluten Mengen) für den Betreiber gestrichen.
38. Dies bedeutet, dass es dem an Interbrew gebundenen Betreiber eines Lokals in Zukunft freigestellt sein wird, Trappistenbier vom Fass und alle anderen Flaschen- und Dosenbiere zu verkaufen.
39. Sollten in Zukunft andere Arten von Fassbieren auf den Markt kommen, die nicht von Interbrew gebraut werden, sollte Interbrew damit beginnen, ein Trappistenbier zu brauen, oder sollte das Unternehmen Lizenzverträge mit anderen Brauereien abschließen wollen, so wird die Kommission den Anwendungsbereich der geänderten Mengenvorgabeklausel neu bewerten.

⁽¹⁾ In den meisten Darlehensverträgen wird der Darlehensnehmer bei vorzeitiger Rückzahlung nicht nur dazu verpflichtet, den noch ausstehenden Kapitalbetrag zurückzuzahlen, sondern darüber hinaus einen Geldbetrag zu zahlen, um den Darlehensgeber dafür zu entschädigen, dass er sein Kapital zu früh zurückbekommt und die erwarteten Zinseinkünfte nicht mehr erhält.

6.3 Franchiseverträge

40. Für die geringe Zahl der Franchiseverträge, die sich auf Biere der Marke Leffe oder Hoegaarden beziehen, wird Interbrew das Wettbewerbsverbot auf die Verkaufsform (Fassbier, Flaschenbier und Dosenbier) beschränken, für die die Franchise-Formel gilt. Interbrew wird jedoch vorgeschriebene Mindestabnahmemengen für diese Verkaufsformen in Höhe von 25 % des insgesamt bezogenen Bieres vorschreiben. Für das Franchise-System des Typs „Radio 2“ wird es weder ein Wettbewerbsverbot noch eine Mengenvorgabeklausel geben.
41. Dies bedeutet, dass es in Zukunft jedem Franchise-Nehmer von Leffe oder Hoegaarden freigestellt sein wird, Bier gleich welcher Verkaufsform (Fassbier, Flaschenbier oder Dosenbier) von anderen Brauereien zu kaufen und zu verkaufen, mit Ausnahme des Abteibieres für eine Leffe-Schankwirtschaft oder des Weizenbiers für eine Hoegaarden-Schankwirtschaft. Einem Franchise-Nehmer für einen „Radio-2-Schankbetrieb“ wird es freigestellt sein, Bier jeglicher Verkaufsform (Fassbier, Flaschenbier und Dosenbier) von anderen Brauereien zu kaufen und zu verkaufen.
42. Wie vorstehend beschrieben (Ziffer 18) besitzt Interbrew die meisten mit Franchisevertrag betriebenen Lokale oder pachtet sie als Hauptpächter. Interbrew behält sich das Recht vor, die bestehenden Franchise-Verträge in Unterpachtverträge umzuwandeln. In diesem Fall wird Interbrew die gelockerte Mengenvorgabeklausel für Pacht-/Unterpachtverträge durchsetzen, ohne sie mit den vorgeschriebenen Mindestabgabemengen für „Franchise-Bier“ von 25 % zu verbinden.
- 6.4 Konzessionen
43. Interbrew wird seine rund 100 Konzessionsverträge in der gleichen Weise behandeln wie die (Unter-)Pachtverträge. Dort, wo Interbrew eine Konzession erteilt wird, ist die Situation ähnlich der, wo Interbrew Hauptpächter ist. Interbrew wird einen Lokalbetreiber als Unterpächter einsetzen,

und Letzterer wird dem Wettbewerbsverbot für Pacht-/Unterpachtverträge unterliegen.

44. Dies bedeutet, dass es dem Lokalbetreiber, dem die Konzession tatsächlich erteilt worden ist, freigestellt sein wird, Trappistenbier vom Fass sowie alle anderen Biersorten in Flaschen und Dosen zu verkaufen.

6.5 „Afstand openingstaks“

45. Interbrew hat der Kommission mitgeteilt, dass man in Zukunft darauf verzichten will, Lokalbetreiber mit Wettbewerbsverboten oder Mengenvorgabeklauseln zu belegen, die ein Lokal innerhalb eines Jahres nach der Geschäftsaufgabe durch Interbrew übernehmen.

V. SCHLUSSFOLGERUNG

Aufgrund der Änderungen der angemeldeten Vereinbarungen beabsichtigt die Kommission, eine befürwortende Stellungnahme abzugeben. Zuvor fordert sie jedoch die beteiligten Dritten auf, ihre Bemerkungen innerhalb von vier Wochen nach Veröffentlichung dieser Mitteilung per Post oder Fax unter Bezugnahme auf die Sache COMP/A37.904/F3 — Interbrew an folgende Anschrift zu richten:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Direktion F
B-1049 Brüssel
Fax (32-2) 296 98 02.

Falls diese Bemerkungen nach Ansicht einer Partei Geschäftsgeheimnisse enthalten, so hat sie die Passagen zu kennzeichnen, die ihrer Meinung nach nicht zur Veröffentlichung bestimmt sind, weil sie Geschäftsgeheimnisse oder vertrauliche Angaben enthalten, und die Gründe dafür anzugeben. Erhält die Kommission keinen derart begründeten Antrag, so geht sie davon aus, dass die Bemerkungen keine vertraulichen Informationen enthalten.

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses

(Sache COMP/M.2981 — Knauf/Alcopor)

Für das vereinfachte Verfahren in Frage kommender Fall

(2002/C 283/06)

(Text von Bedeutung für den EWR)

- Am 12. November 2002 ist die Anmeldung eines Zusammenschlussvorhabens gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1310/97⁽²⁾, bei der Kommission eingegangen. Danach ist Folgendes beabsichtigt: Das französische Unternehmen Knauf La Rhénana SAS, das der deutschen Knauf Gruppe („Knauf“) angehört, erwirbt im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b) der Ratsverordnung die Kontrolle über das schweizerische Unternehmen Alcopor Knauf Holding AG („Alcopor“) durch den Kauf von Anteilsrechten.
- Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:
 - Knauf: Herstellung von Wärme- und Lärmdämmstoffen, Gips, Gipsprodukten und anderen Baumaterialien;
 - Alcopor: Herstellung von Wärme- und Lärmdämmstoffen.

⁽¹⁾ ABl. L 395 vom 30.12.1989, S. 1; Berichtigung: ABl. L 257 vom 21.9.1990, S. 13.

⁽²⁾ ABl. L 180 vom 9.7.1997, S. 1; Berichtigung: ABl. L 40 vom 13.2.1998, S. 17.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass der angemeldete Zusammenschluss unter die Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 fällt. Ihre endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich allerdings vor. Aufgrund der Bekanntmachung der Kommission über ein vereinfachtes Verfahren für bestimmte Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates ⁽¹⁾ ist anzumerken, dass dieser Fall für eine Behandlung nach dem Verfahren, das in der Mitteilung dargelegt wird, in Frage kommt.

4. Alle interessierten Unternehmen oder Personen können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens zehn Tage nach dem Datum dieser Veröffentlichung eingehen. Sie können der Kommission durch Telefax (Nr. (32-2) 296 43 01 oder 296 72 44) oder auf dem Postweg, unter Angabe des Aktenzeichens COMP/M.2981 — Knauf/Alcopor, an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission,
Generaldirektion Wettbewerb,
Direktion B — Task Force Fusionskontrolle,
J-70,
B-1049 Brüssel.

⁽¹⁾ Abl. C 217 vom 29.7.2000, S. 32.

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses

(Sache COMP/M.3013 — Carlyle Group/Edscha)

(2002/C 283/07)

(Text von Bedeutung für den EWR)

1. Am 13. November 2002 ist die Anmeldung eines Zusammenschlussvorhabens gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1310/97 ⁽²⁾, bei der Kommission eingegangen. Danach ist Folgendes beabsichtigt: Das auf den Cayman Islands ansässige Unternehmen CEP General Partner, LP, das der in den USA ansässigen The Carlyle Group („Carlyle“) angehört, erwirbt im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b) der genannten Verordnung die Kontrolle über die Gesamtheit von dem deutschen Unternehmen Edscha AG („Edscha“) durch Aktienkauf.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- Carlyle: private Kapitalanlagegruppe, die eine Vielzahl von Unternehmen kontrolliert, unter anderem Honsel International Technologies, ein Hersteller von KFZ-Komponenten und Aluminiumstrangpressprodukten;
- Edscha: Herstellung von KFZ-Komponenten, insbesondere Scharniersysteme und Cabrio-Dachsysteme.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass der angemeldete Zusammenschluss unter die Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 fällt. Ihre endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich allerdings vor.

4. Alle interessierten Unternehmen oder Personen können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens zehn Tage nach dem Datum dieser Veröffentlichung eingehen. Sie können der Kommission durch Telefax (Nr. (32-2) 296 43 01 oder 296 72 44) oder auf dem Postweg, unter Angabe des Aktenzeichens COMP/M.3013 — Carlyle Group/Edscha, an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission,
Generaldirektion Wettbewerb,
Direktion B — Task Force Fusionskontrolle,
J-70,
B-1049 Brüssel.

⁽¹⁾ Abl. L 395 vom 30.12.1989, S. 1; Berichtigung: Abl. L 257 vom 21.9.1990, S. 13.

⁽²⁾ Abl. L 180 vom 9.7.1997, S. 1; Berichtigung: Abl. L 40 vom 13.2.1998, S. 17.

III

(Bekanntmachungen)

KOMMISSION

AUFFORDERUNG ZUR EINREICHUNG VON VORSCHLÄGEN

für das regionale CARDS-Programm — Demokratische Stabilisierung — Unterstützung freier und unabhängiger Medien in den westlichen Balkanländern — veröffentlicht von der Europäischen Gemeinschaft

(2002/C 283/08)

1. **Aufforderungskennnummer**
EuropeAid/114704/C/G/Multi.
2. **Programm und Finanzierungsquelle**
Die Unterstützung freier und unabhängiger Medien in den westlichen Balkanländern ist Teil der Maßnahmen im Bereich der demokratischen Stabilisierung im Rahmen des regionalen CARDS-Programms, das zulasten der Haushaltslinie B7-541 finanziert wird.
3. **Art der Maßnahmen, geografisches Zielgebiet und Projektdauer**
 - a) Das Projekt soll dazu beitragen, die Rahmenbedingungen für freie und unabhängige Medien in den westlichen Balkanländern zu schaffen. Zu den Hauptzielen dabei gehören u. a. Förderung der redaktionellen Unabhängigkeit, Aufbau leistungsfähiger Berufsverbände und Facheinrichtungen im Medienbereich, Aufbau lokaler Ausbildungskapazitäten in den Bereichen Journalismus und Management, Schaffung eines an europäischen Normen orientierten Rechtsrahmens sowie Förderung der regionalen Zusammenarbeit zwischen Medienorganisationen.
 - b) Geografisches Zielgebiet: CARDS-Länder.
 - c) Maximale Projektdauer: 18 Monate.Weitere Einzelheiten finden Sie in dem unter Punkt 12 genannten „Leitfaden für Antragsteller“.
4. **Für diese Aufforderung verfügbarer Gesamtbetrag**
1,5 Mio. EUR.
5. **Höchst- und Mindestzuschüsse**
 - a) Mindestzuschuss pro Projekt: 100 000 EUR.
 - b) Höchstzuschuss pro Projekt: 300 000 EUR.
 - c) Mindestanteil der von der Finanzierung durch die Gemeinschaft gedeckten Projektkosten: 80 %.
6. **Höchstzahl der zu gewährenden Zuschüsse**
15 Projekte.
7. **Förderfähigkeit: Wer kann Vorschläge einreichen?**
Der Antragsteller muss folgende Voraussetzungen erfüllen:
 - Bei dem Antragsteller handelt es sich um eine gemeinnützige Organisation: eine Ausnahme bilden Medienorganisationen, die nicht gemeinnützig sind, mit der vorgeschlagenen Maßnahme jedoch keinen Gewinn erzielen;
 - der Antragsteller fällt in eine der folgenden Kategorien von Organisationen: Fachverband, Gewerkschaft, öffentliche Schule/Hochschule für die Ausbildung von Journalisten usw.; Nichtregierungsorganisation wie z. B. Verbände im Medienbereich, Medienzentren usw.;
 - der Antragsteller hat seinen Sitz in einem der im Rahmen des Programms CARDS förderfähigen Länder (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Bundesrepublik Jugoslawien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien) oder in der Europäischen Union.
8. **Vorläufiger Termin für die Bekanntgabe der Ergebnisse des Vergabeverfahrens**
Juli 2003.
9. **Vergabekriterien**
Siehe Abschnitt 2.3 des unter Punkt 12 genannten „Leitfadens für Antragsteller“.
10. **Antragsformular und erforderliche Angaben**
Anträge sind unter Verwendung des **Standardformulars** einzureichen, das dem „Leitfaden für Antragsteller“ (siehe Punkt 12) beigelegt ist und dessen Format und Anweisungen strikt einzuhalten sind. Für jeden Antrag sind vom Antragsteller je **ein unterschriebenes Original** und **vier Kopien** einzureichen.
11. **Antragsfrist**
24. Februar 2003, 16.00 Uhr MEZ.

Anträge, die nach Ablauf dieser Frist beim Auftraggeber eingehen, werden nicht berücksichtigt.

12. Weitere Einzelheiten

Weitere Einzelheiten über diese Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen sind dem „Leitfaden für Antragsteller“ zu entnehmen, der zusammen mit dieser Ankündigung im Internet auf der nachstehenden Website von EuropeAid veröffentlicht ist:

http://europa.eu.int/comm/europeaid/index_en.htm

Fragen zu dieser Aufforderung schicken Sie bitte per E-Mail (unter Angabe von Bezeichnung und Kennnummer der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen) an

huguette.tas@cec.eu.int.

Es wird allen Antragstellern empfohlen, die genannte Website vor Ablauf der Frist für die Einreichung der Anträge regelmäßig zu besuchen, weil die Kommission dort häufig gestellte Fragen und deren Antworten veröffentlicht wird.
